

Wie ist die politische Lage in Nicaragua

Ein guter alter Bekannter aus alten Zeiten, der seit den 80er Jahren in Nicaragua lebt und arbeitet, schickt uns folgende Informationen; wir verzichten auf die namentliche Nennung des Verfassers.

Oktober 2019

„Hola a todos,

heute möchte ich meine informellen Emails zu Nicaragua wieder aufnehmen und mich mindestens einmal im Monat melden. Die Infos in diesem update beziehen sich auf den Zeitraum 01.08-10.09.19.

Die Situation in Nicaragua ist weiterhin von einer Pattsituation geprägt. Die nicaraguanische Regierung versucht, den gesamten öffentlichen Raum zu kontrollieren und die Opposition zu zerschlagen. Die Opposition, insbesondere die Studenten, organisieren kontinuierlich super kurze Demos (piquetes express) an öffentlichen Orten, um zu zeigen, dass die Bewegung lebt. Darüber hinaus gibt es verschiedene Initiativen zur Stärkung der politischen Bewegung UNAB (Union Nacional Azul Blanco), die eng mit der Alianza Civica zusammen arbeitet. Die Alianza Civica hat sich reorganisiert und hat ein Leitungsgremium und 6 Kommissionen gebildet. Der Gesamtkoordinator ist Carlos Tünnermann und der Geschäftsführer Sebastián Chamorro. In der Zeitschrift Enlace vom September 2019 gibt es einen sehr guten Artikel über den Dialogprozess aus Sicht des Mitglieds der Alianza Civica Ernesto Medina: "Die Alianza Civica will dazu beitragen, eine große Koalition zu bilden, die die gesamte blau-weiße Bewegung repräsentiert". Ab Oktober kann man den Artikel im Internet auf englisch und spanisch nachlesen

Es hat den Anschein, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Nicaragua nicht mehr von einem kurzfristigen Wandel ausgeht, sondern durch Wahlen, die spätestens 2021 stattfinden. In diesem Sinne werden Anstrengungen unternommen, um Wahlreformen zu fördern, um faire, transparente und gerechte Wahlen zu gewährleisten.

Amaya Coppens, Victoria Obando (beide CUDJ = eine der Studentenbewegungen) Mónica López (Tochter von Monika Baltodano), Amaru Ruiz (Koordinator des Zusammenschlusses der sozialen Bewegungen) und Olga Valle sind derzeit in Genf, um einen Bericht der sozialen Bewegungen in Nicaragua über Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in ländlichen Gebieten und an der Atlantikküste zu berichten, sowie über die zwischen Januar und Juni 2019 freigelassenen Gefangenen.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen der nicaraguanischen Armee am 3. September trat General Julio César Avilés erstmals bedingungslos an die Seite von Daniel Ortega und Rosario Murillo: "Präsident, zählen Sie darauf, dass diese Institution den Weg eines Nicaraguas mit Sicherheit, Stabilität, wirtschaftlicher Entwicklung, Wohlstand und Frieden fortsetzt". Das erste Mal, dass er in seiner Erzählung die Version des Staatsstreiches übernimmt, obwohl er den Begriff nicht direkt verwendet. Bislang war die Armee offiziell neutral, obwohl es immer wieder Gerüchte über eine inoffizielle Beteiligung von Angehörigen der Armee an polizeilichen und paramilitärischen Aktivitäten gab.

Staatliche Repression und Migration

Die Sicherheitsexpertin Elvira Cuadra beschreibt in ihrem Artikel in der Zeitschrift Envio (August 2019) sehr treffend die Situation der staatlichen Repression gegen die Zivilgesellschaft: "Derzeit findet eine sechste Phase der Repression statt, deren Ziel es ist, Märsche, Mobilisierungen und Protestaktionen zu verhindern, nachdem die meisten politischen Gefangenen Ex-Häftlinge frei gelassen wurden und die Bürgerbewegung mehr Energie gewonnen hat. Darüber hinaus versucht sie, die Führer der Bewegung, vor allem die ehemaligen Gefangenen, inaktiv zu halten.

Der Staat setzt folgende sechs Taktiken ein:

- 1. Umfangreiche Polizeieinsätze in Großstädten und städtischen Zentren, um zivile Protestaktivitäten wie Express-Proteste (piquetes express) und Märsche zu vermeiden.*
- 2. Polizeiliche Entführungen von ehemaligen Häftlingen und Bürgern, die der Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten verdächtigt werden. Die von der Polizei Entführten werden in der Regel am selben Tag oder einige Tage später entlassen.*
- 3. Beobachtung, Belagerung, Belästigung und ständige Bedrohung ehemaliger Gefangener durch polizeiliche und paramilitärische Gruppen (vor ihren Häusern).*
- 4. Reorganisation paramilitärischer Gruppen in mehreren Städten des Landes. Die Struktur wird mit Mehrheitsbeteiligung von ehemaligen Militärs, ehemaligen Polizisten und fanatischen Kämpfern aufrechterhalten, die sorgfältig nach ihrem Loyalitätsniveau ausgewählt wurden. Sie haben Entführungen und das Verschwinden von Anführer/innen der sozialen Bewegungen, Angriffe, die Raubüberfälle simulieren, Einschüchterungen mit Kriegswaffen und Überwachungen durchgeführt.*
- 5. Paramilitärische Gruppen in ländlichen Gebieten mit polizeilicher „Erlaubnis“ und Straffreiheit. Sie führen Entführungen und selektive Hinrichtungen von Sozialführern durch.*
- 6. Beteiligung paramilitärischer Gruppen an Verbrechen wie Raubüberfällen, Überfällen und anderen Handlungen, die nach außen hin wie „normale“ Verbrechen aussehen, aber in Wirklichkeit einen Zustand der Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung erzeugen sollen.“*

Weiterhin ist charakteristisch für diese neue Phase das Auftreten von selektiven Morden auf dem Land. Elena Cuadra schreibt: „Seit dem letzten Quartal 2018 ist eine Zunahme der Morde in den ländlichen Gebieten des Landes zu beobachten, ein großer Teil von ihnen hat als Opfer soziale und politische Führer, die mit der Bürgerbewegung oder den politischen Parteien der Opposition verbunden sind. Zwischen Oktober 2018 und dem 15. Juli 2019 haben die Medien von 29 Fälle berichtet. Davon wurden mindestens 28 Menschen mit Schusswaffen getötet und in 20 der Fälle nahmen Gruppen von 2 oder mehr Personen als Täter teil.“ Die meisten Toten gab es in Jinotega (20 Tote) und in Matagalpa (7)

Auch MESINI, die von der amerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) eingesetzte Beobachtungsgruppe zu den Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua beschreibt diese erhöhte Repression in ländlichen Zonen. Zudem berichtet sie von 120 politischen Gefangenen, die immer noch nicht entlassen wurden und von 76.000 Flüchtlingen.

Nach Angaben der Stiftung Arias und des UNHCR haben 88.000 Nicaraguaner beschlossen, wegen der Krise ins Exil zu gehen, 68.000 in Costa Rica. 25,7% sagen, dass sie es aufgrund von Morddrohungen getan haben, 38,3% aufgrund von Unterdrückung und Belästigung, 18,9% aufgrund von Angst, 13,2% aufgrund der wirtschaftlichen Situation und 3,8% aufgrund ihrer politischen Militanz. In einer Erklärung riet der UNHCR den im Exil lebenden Nicas in Costa Rica, "zuverlässige" Informationen zu suchen, wenn sie eine Rückkehr planen, denn "eine uninformierte Rückkehr kann sehr gefährlich sein und die Faktoren, die den Flucht motivierten, bestehen weiterhin.

Costa Ricas Außenminister Manuel Ventura schätzt, dass bis Ende 2019 die Zahl der geflüchteten Nicaraguaner in Costa Rica auf 100.000 steigen könnte. Nach Angaben des UNHCR haben weitere 20.000 Nicaraguaner in Panama, mehreren europäischen Ländern, Mexiko und den Vereinigten Staaten in dieser Reihenfolge Zuflucht gesucht. (Envio. September 19)

Laut dem jüngsten Bericht des Menschenrechtskollektivs Nunca + gab es in den ersten acht Monaten des Jahres 2019 mindestens 18 Morde an Bauern, die wahrscheinlich von staatlichen und/oder halbstaatlichen Kräften getötet wurden.

Der vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen am 3. September veröffentlichte Jahresbericht über die Lage der Menschenrechte in Nicaragua weist sehr deutlich auf die Unterdrückung der staatlichen und regierungsfreundlichen Kräfte gegenüber der nicaraguanischen Gesellschaft hin. Der Bericht beschreibt alle Verletzungen der verschiedenen Menschenrechte durch den Staat und die irregulären regierungsfreundlichen Kräfte. Sie erwähnt auch die unterschiedliche Zahl der Betroffenen, während der Staat von 923 Verhafteten spricht, gehen Menschenrechtsorganisationen von 2200 Verhafteten aus. Ein Teil wurde nach 48 Stunden wieder entlassen. Er begrüßt den Bericht des Staates Nicaragua, erklärt aber, dass er den internationalen Normen nicht entspricht. Aus diesem Grund hat das UNHCHR selbst eine umfassende Informationsrecherche durchgeführt.

Am Ende des Berichts spricht der UNHCHR 14 Empfehlungen aus, darunter die Wiederaufnahme eines substanziellen und umfassenden Dialogs mit der Alianza Civica, die freie Ausübung der Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, eine Reform des Justiz- und Wahlsystems, die Auflösung und Entwaffnung der regierungsfreundlichen bewaffneten Elemente sowie eine allgemeine Reform des Sicherheitssektors.

Internationaler Druck

Am 28. Juni beschloss die Versammlung der OAS, eine Arbeitsgruppe zur Bewertung der Krise in Nicaragua zu bilden, aber erst am 29. August wurde die Gruppe mit fünf "hochrangigen" Vertretern aus Argentinien, Paraguay, Jamaika, Kanada und den Vereinigten Staaten gebildet. Von diesen fünf Mitgliedern wurden bei der Abstimmung nur drei Namen bestätigt. Sie sind die Diplomaten Leopoldo Francisco Sahores (Argentinien), Elisa Ruiz Díaz (paraguayische Botschafterin bei der OAS) und Carlos Trujillo (US-Botschafter bei der OAS). In der Zwischenzeit werden die Namen der Vertreter Kanadas und Jamaikas in diesen Tagen offiziell bekannt gegeben. Nun hat die Kommission 75 Tage Zeit, um die Situation in Nicaragua zu bewerten.

Es ist nicht klar, warum sich die Bildung der Kommission derart verzögert hat. Ein Faktor können die Sommerferien im Juli und August in den Vereinigten Staaten und Kanada sein. In diesen Monaten gibt es nicht so viele diplomatische Aktivitäten. Die Verzögerung gab der Regierung die Möglichkeit zu versuchen, mit dem Almagro, dem Sekretär der OAS andere Optionen zu verhandeln.

Die nicaraguanische Regierung nutzte diese zwei Monate, um das Alianza Civica, die ihrer Ansicht nach nicht die Bevölkerung Nicaraguas repräsentiert, zu untergraben. In diesem Sinne unternahm die Regierung den Versuch, die Wahlreformen direkt mit der OAS zu verhandeln. Die nicaraguanische Opposition lehnt diese Verhandlungen ab, und das Alianza Civica reiste nach Washington, um seine Position zu klären. Der politische Analyst Manuel Orozco ist der Ansicht, dass direkte Verhandlungen mit OAS-Generalsekretär Almagro eine Möglichkeit sein können, Wahlreformen in einem "Phantomdreieck" auszuhandeln, ohne dass Ortega sein "Gesicht" gegenüber seinen Anhängern verliert und die Alianza Civica substantielle Veränderungen über den "OAS-Kanal" erzielen könnte. Der Kommentator Bárcenas widerspricht dieser Meinung, nach ihm wird immer jemand verlieren.

Wahlrechtsreformen

Am 29. August legte das Alianza Civica einen Vorschlag für Reformen verschiedener Gesetze und der Verfassung vor, der die Grundlage für saubere und transparente Wahlen bilden soll.

Laut dem liberalen José Pallais, Mitglied des kürzlich umstrukturierten Bürgerbundes, "müssen um ein glaubwürdiges und solides System zu konstruieren Reformen des Wahlgesetzes, der Verfassung, des Rechts der politischen Parteien, eine Ordnung der Wahlverfahren, ein Organisches Gesetz der Wahlgewalt und ein Nationales Institut für Ausstellung von Personalausweisen geschaffen werden....", Pallais forderte als vorrangig und sofortige Reformen u.a. neue Wahlbehörden und parteiunabhängige Wahlstrukturen; Vollmacht für Allianzen, die ihren Namen und ihren gesetzlichen Vertreter frei wählen können und parteiunabhängige Staatsbeamte in der Wahlbehörde; Anpassung der Reformen an die Besonderheiten der Karibikküste und Vereinfachung der Einschreibung von Parteien.

Weiterhin ist es unabdingbar nationale und internationale Beobachtung der Wahlen sicher zu stellen, so wie eine unmittelbare Übermittlung von überprüfbaren und beobachteten Ergebnissen zu garantieren (Veröffentlichung der Ergebnisse in Echtzeit). Dazu ist es notwendig, das Wählerverzeichnis zu überprüfen, Anfechtungen der Wahlergebnisse zu regulieren und das Wahlrecht der Nicaraguaner im Ausland sicher zu stellen.

Unter den Verfassungsreformen werden fünf als wesentlich angesehen:

- das nationale, kommunale und regionale Wahlen gemeinsam abgehalten werden
- dass einer der Präsidentenkandidaten mindesten eine qualifizierte Mehrheit von 50 % plus erhält, um gewählt zu werden.
- Sonst gibt es eine 2 Runde zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen.
- Eine Wiederwahl wird ausgeschlossen,
- ebenso wird verboten, das Ehepartner als Kandidaten bei der nächsten Wahl antreten.
- Zudem soll das Listenwahlsystem abgeschafft werden und es könnten somit einzelne Personen gewählt werden. (Extrakt aus Enlace September 2019)

Gez.: NN, Managua

PS: Auf die deutsche Politik gegenüber Nicaragua gehe ich hier nicht ein. Da verweise ich auf die Artikel von Matthias Schindler und dem Infobüro.“